

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Band:** 56 (1976-1977)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Liberalismus in Europa  
**Autor:** Ehinger, Paul H.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163205>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Liberalismus in Europa

### *Der Stellenwert des Liberalismus in Vergangenheit und Gegenwart*

Liberalismus in Europa: das bedeutete einmal Macht. Manche Historiker bezeichnen die Zeit von etwa 1848 bis etwa 1918 als die «liberale Epoche». In der Tat dominierte in den meisten Staaten Europas, auch in jenen des Ostens, ein freilich in vielen Farben schillernder Liberalismus. Der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger schrieb in einem seiner bekanntesten Werke: «Eine Partei wird zu einer herrschenden, wenn sie eine ganze Epoche repräsentiert, wenn ihre Methoden, ihr ganzer Stil mit denen der Epoche identisch sind<sup>1</sup>.» Diese Partei war in diesen sieben Jahrzehnten vor allem in der Schweiz die radikalliberale Partei, der Freisinn<sup>2</sup>. Aber auch in den meisten anderen Nationen gab es in dieser Zeitspanne eine mehr oder weniger ausgeprägte Hegemonialstellung liberaler Gruppierungen.

Was ist im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts von diesem Liberalismus übriggeblieben? Nach einer kurzen Analyse kann unschwer festgestellt werden, dass der Liberalismus in Europa weder als Wertsystem noch als Organisation eine vorherrschende, noch gar herrschende Rolle spielt. Weder liberale Methoden noch liberaler Stil sind mit unserer Epoche identisch. Eher ist das Gegenteil der Fall: In einem grossen Teil Europas gilt der Liberalismus als völlig systemwidrig; seine Organisationen sind verboten und werden verfolgt. In den Staaten, wo das liberale Wertsystem Existenzgrundlagen vorfindet, halten seine Träger aber gleichfalls keine dominierenden Positionen mehr inne, sondern schlagen sich mit Wähleranteilen in unteren Prozentkategorien herum oder befinden sich in einer kaum zu kurierenden Agonie.

Eine Umfrage über den Bekanntheitsgrad von politischen Ideologien würde beim Begriff Liberalismus in breiten Bevölkerungskreisen Europas vermutlich Ratlosigkeit auslösen. Man weiss damit wenig anzufangen; allenfalls erkennt man etymologische Zusammenhänge. Dagegen treten bei der Begriffsverwendung negative Assoziationen auf. Entweder verwechselt man Liberalismus mit Libertät, Liberalität, Libertinage und setzt ihn mit dem Abbau traditionell-christlicher Normen im sexuellen Bereich gleich; dieses vor allem von der katholischen Kirche lange gepflegte Vorurteil verliert indessen an Gewicht, findet jedoch in Regionen mit geringem sozialem Wandel und hohem Anteil an Betagten Resonanz. Oder, und das kommt öfters vor, der

Liberalismus wird als die Ideologie einer wohlhabenden Elite mit dem einzigen Ziel einer Apologie der eigenen Privilegien dargestellt. Etwas überspitzt könnte die Hypothese aufgestellt werden: Je jünger der Akteur, desto eher die Bereitschaft einer negativen Identifikation Liberalismus gleich Kapitalismus.

Auf einem anderen Gebiet kommt die untergeordnete Stellung des Liberalismus ebenfalls zum Ausdruck: In der immer noch anwachsenden Bücherproduktion sind Schriften zum Liberalismus eher selten. Insbesondere findet man in den populären Taschenbuchserien kaum entsprechende preisgünstige Ausgaben. Das drückt sich dann auch in den Registern aus, bei welchen das Stichwort Liberalismus ausfällt. Dafür findet man um so mehr Literaturangaben sub voce Sozialismus, Kommunismus, Marxismus, Leninismus oder Maoismus. Ein Indikator dafür, dass diese Weltanschauungen, die unter den Sammelbegriff Sozialismus fallen, unsere Epoche repräsentieren? Auch in den regelmässig erscheinenden Bibliographien nimmt das Schrifttum über den Liberalismus nur einen kleinen Platz ein und wird auf andere Klassifizierungsgruppen aufgeteilt. Die von der Eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek und der Bibliothek des Eidgenössischen Politischen Departements herausgegebenen bibliographischen Wochen-Bulletins verzichten sogar explizit auf eine Kategorie Liberalismus, weil, so ihr Leiter, darüber «doch nichts vorhanden sei».

Der Verlust von machtgeladenen Positionen sowohl im Über- als auch im Unterbau hat namentlich zwei Ursachenbündel: Zum einen die Heterogenität und der zwingend implizierte und deshalb fehlende Dogmatismus des Wertsystems, was die Übernahme und teilweise Übersteigerung gewisser Elemente durch andere Wertträger zur Folge hat. Zum andern die organisatorische Schwäche, die in einer Zeit totalitärer Ansprüche keinen oder doch zu wenig Halt bietet.

#### *Das Wertsystem des europäischen Liberalismus: Individualismus, Nationalismus, Kapitalismus*

Am Anfang der liberalen Idee steht der Mensch, der sich als *Individuum* zu verstehen hat und der darum von den hergekommenen Bindungen zu befreien ist. Die prononcierte Hervorhebung des Individuums, dem von der Sozialstruktur die Erwerbbarkeit von Statuspositionen, die Autonomie und die Sozialisation der Rollen zugestanden werden muss, nennen wir Individualismus. Es handelt sich demzufolge um den klassischen Bereich des Liberalismus, um die *Idee der individuellen Freiheit*, worunter wir vorzüglich jene Chance verstehen, jede Form von Mobilität wahrzunehmen.

Zu Beginn und bis in das 20. Jahrhundert hinein halten fast ausschliesslich die Liberalen den Individualismus hoch und kämpfen dafür in allen gesellschaftlichen Bereichen. Während der Bedrohung durch den Faschismus, dann aber vor allem nach dessen Niederschlagung, beginnen andere politische Organisationen, die sich zur parlamentarischen oder direkten Demokratie bekennen, die Zielvorstellungen der persönlichen Freiheit zu integrieren, auch wenn zuweilen die eigenen sozialdemokratischen oder christlich-konservativen Prinzipien vorherrschen. Auch der Kommunismus hat diese Werte in seine Ideologie aufgenommen. In keiner kommunistischen Deklaration fehlen die liberalen Freiheitsrechte. Freilich stehen diese Rechte weitgehend nur auf dem Papier, aber immerhin können sie, wie auch die Schlussakte der KSZE zeigen, zu einer Aufweichung erstarrter Fronten führen. Nur der Faschismus in seinen diversen Formen hat sich explizit gegen den liberalen Individualismus gewendet.

In der heutigen Zeit sind die individuellen Freiheitsrechte noch immer umstritten und noch lange nicht überall realisiert. Es sind indessen nicht mehr allein die Liberalen, die sich für sie einsetzen, sondern ebenso andere demokratische Gruppen. Dabei kommt es zu einer für den Liberalismus fatalen Verschiebung. Da der Individualismus ohnehin die Gefahr in sich birgt, die gesellschaftspolitischen Aspekte unterzubewerten, wird der Liberalismus von vielen seiner Akteure in jenen, ihren sozioökonomischen Status reflektierenden Bereichen ausgelegt, konkret: unter nationalistischen oder ökonomischen Vorzeichen. Freilich gelten der Liberalismus und seine Träger nach aussen immer noch als Bannerträger des Individualismus<sup>3</sup>. Namentlich die angelsächsischen oder die skandinavischen Liberalen gehen in ihren entsprechenden Forderungen oft sehr weit. Der kontinentale Liberalismus glaubt dagegen viel stärker an die durch den Staat oder die Wirtschaft bedingte Notwendigkeit von Einschränkungen.

Erst in der Verbindung *Individualismus und Nationalismus* kann der Liberalismus aber jene Kraft entfalten und jene machtvolle Rolle spielen, die ihn zum hegemonialen Akteur bis etwa 1918 macht. Sowohl von seinen theoretischen Wertsetzungen als auch von seiner sozioökonomischen Basis her ist er die «Ideologie einer Elite<sup>4</sup>», die bei den breiten Schichten des Volkes kaum Anklang findet. Wie soll auch die Freiheit der Presse oder des Handels bei Menschen eine Anziehungskraft ausüben, die unter einer ungenügenden Ernährung oder einem sechzehnständigen Arbeitstag leiden? Zur Legitimation der individualistischen Politik bedarf es deshalb anderer Wertsetzungen. Hier bietet sich die Nation aus verschiedenen Gründen an.

Im Begriff *Nation* können die Werte und Vorurteile der Nichtelite, also vor allem der unteren und mittleren Schichten eingefangen werden. So werden Loyalität und Identität zu einer nationalen Gemeinschaft geschaffen, die



wirtschafts- und aussenwirtschaftspolitisch von ausschlaggebender Bedeutung werden. Die Gemeinschaftsideologie wird aber insbesondere relevant im Verlaufe einer durch die Industrialisierung bedingten desintegrativen Differenzierung der sozialen Struktur. Als Marx seine Klassentheorie explizit machte, setzten ihm die Liberalen die Nation entgegen, die alle Gegensätze überwinden sollte. Je stärker sich der Sozialismus auf die Machterringung des Proletariats versteifte, desto stärker wurde von der Gegenseite auf die Nation gepocht; desto eher wurden die Sozialisten als «Vaterlandsverräter» aus dem nationalen System verdrängt und flüchteten sie sich in den Internationalismus, der, wie Dahrendorf einmal gesagt hat, nicht nur Voraussetzung, sondern vielmehr eine Folge anomischer Spannungen ist<sup>5</sup>. Dieser Nationalismus im Sinne einer Integrationsideologie, dessen sich der Liberalismus bediente, hat zur modernen Staatenbildung und teilweise auch zur Schaffung politischer Systeme demokratischer Prägung anfänglich viel beigetragen; die nationalistischen Exzesse sind erst später aufgekommen.

Wirtschaftspolitisch bot sich mit der Schaffung von Nationen für die Liberalen die Chance, grössere Räume für *ökonomisches Handeln* zu gewinnen. Damit fielen lästige Barrieren für die Handels- und Gewerbefreiheit weg, die Märkte und damit die Nachfrage vergrösserten sich, die Produktion und damit auch die Profite wuchsen an. Dieser Prozess hat ohne Zweifel den bis heute anhaltenden Wohlstand Europas bewirkt. Da die Liberalen ihn initiiert und gefördert haben, wird beim liberal gesinnten Bürgertum, aber zunehmend auch in konservativen Kreisen, eine Gleichstellung von Nation und Kapitalismus hergestellt. Diese Übereinstimmung verursacht dann – weniger in der liberalen und kosmopolitischen Elite als mehr beim Fussvolk – nicht-marktkonforme Ängste, beispielsweise bei Investitionsabsichten orientalischer Erdölmagnaten. Dabei wird das marktwirtschaftliche Prinzip der freien Verfügung und der Freizügigkeit des Kapitals ausser acht gelassen.

Nach einer zeitweiligen Sättigung der nationalen Märkte verstärkt sich der Welthandel. Es kommt zur aggressiven Phase des Nationalismus im Zeitalter des Imperialismus. Die europäischen Liberalen stehen zumeist hinter dieser Politik und werden dabei von der Basis nicht selten stürmisch unterstützt. Deren nationale Gefühle werden via Kapital in ferne Kontinente transferiert, was sie manchmal mit ihrem Blut zu bezahlen haben. (Noch nach 1945 schien eine Aufnahme der holländischen liberalen Partei – Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD – in die Liberale Internationale wegen ihrer eindeutig kolonialistischen Haltung fragwürdig.)

In der absoluten Übersteigerung des Nationalismus besteht die Gefahr einer Transformierung in den *Faschismus*, dem sich auch der Liberalismus, insbesondere die Basis seiner Organisationen, nicht immer zu entziehen weiss. Grosse Teile der ehemaligen Wähler der Deutschen Demokratischen Partei

(DDP) oder der Deutschen Volkspartei (DVP), den beiden liberalen Parteien der Weimarer Republik, wanderten von 1919 bis 1933 zur extremen Rechten ab<sup>6</sup>. In Spanien wandten sich nach 1936 ebenfalls viele Liberale zum nationalkonservativen Lager<sup>7</sup>.

Auch nach der Niederlage des Faschismus 1945 sind liberale Akteure nicht vor rechtsextremistischen Ideologien gefeit. Die bundesdeutsche *Freie Demokratische Partei* (F.D.P.) hatte bis zu ihrer Kurskorrektur nach links 1969 dauernd mit der Rechtsgravitation zu kämpfen<sup>8</sup>. Gleichzeitig gab es auch Schwierigkeiten mit der Liberalen Internationalen. Während der kurzen Zeitspanne der Erfolge der Nationaldemokratischen Partei (NDP) wechselten viele freidemokratische Wähler ihre Präferenzen. Anfangs der siebziger Jahre erfolgte dann die Gesandschrumpfung der F.D.P., als sie von den Nationalliberalen verlassen wurde, die zu Rechtsparteien übertraten oder solche gründeten, wie 1974 eine «Deutsche Soziale Union<sup>9</sup>».

Gelegentlich in eine gefährliche Nähe zum Faschismus gelangen auch Teile des *Partito Liberale Italiano* (PLI). Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes spürte sie nicht die Zeichen der Zeit: In der Frage der Staatsform erklärte sie sich «agnostisch» zwischen Monarchie und Republik, womit sie zum Sammelbecken ehemaliger Faschisten degradierte<sup>10</sup>. Die Folgen waren langwierige Flügelkämpfe. Erst am Parteikongress 1976 erlitt die rechtsextreme Gruppe Sogno-Brosio eine entscheidende Niederlage.

Als entschieden nationalistisch und mitunter in faschistische Grenzgebiete hinübergreifend gilt die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ). In diesem Land hat der Liberalismus kaum je eine herausragende Rolle gespielt<sup>11</sup>. Durch seine Trägerschaft – die städtischen Mittelschichten in den deutschen Städten Altösterreichs – war der Liberalismus zugleich in die ethnischen Auseinandersetzungen involviert und befand sich in einer kompromittierenden Interessenlage. Wollte das Bürgertum seine privilegierten Machtstellungen bewahren, musste es sich die deutschnationale Haltung zur eigenen machen: «Von daher rührt die enge Verquickung von deutschnationalem und liberalem Gedankengut in Österreich<sup>12</sup>.» Mit zunehmender Desintegration der Donaumonarchie trat der deutschnationale Aspekt immer stärker hervor, so dass sich schliesslich für die gesamte liberal-nationale Richtung deutschnationale Bezeichnungen einbürgerten. Während der 1. Republik setzten die Grossdeutsche Volkspartei und der Landbund diese Politik fort und radikalisierten sich in Richtung Volksgemeinschaft, Anschluss an Deutschland und Antisemitismus<sup>13</sup>; das einst liberale Potential wechselte in den dreissiger Jahren beinahe geschlossen zur NSDAP über<sup>14</sup>! Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand dann der Verband der Unabhängigen (VdU), der sich auf das ehemalige liberale Bürgertum, aber noch mehr auf die Heimkehrer und auf

die Nazis stützte. Aus dem VdU ging 1956 die FPÖ hervor, die anfänglich sich nicht einmal selber als liberale Partei verstand. Erst in den letzten Jahren versucht sie ein solches Image aufzubauen, was indessen grosse Mühen bereitet: Man erinnere sich an die Affäre ihres Bundesparteiobmanns Friedrich Peter, der beschuldigt worden war, im Kriege bei einer Waffen-SS-Brigade an der Ermordung von Tausenden von Zivilisten mitschuldig zu sein<sup>15</sup>.

Als der Liberalismus entstand, war ohne Zweifel die *wirtschaftliche Freiheit* eine der wichtigsten Triebfedern für seine Erfolge. Das Entstehen für die Handels- und Gewerbefreiheit war ein Entstehen für die Initiative und die Entfaltung ökonomisch handelnder Individuen, die allzulange in diesem Sektor gehemmt oder eingengt waren. Dieses Engagement galt daher als fortschrittlich und als links. Nur wenige konnten jedoch voraussehen, dass nicht alle Menschen dieses Freiheitsrecht realisieren konnten und statt der erhofften Harmonie grösste gesellschaftliche Disparitäten und soziale Ungerechtigkeit entstanden.

Die europäischen Liberalen stehen bis heute für die Handels- und Gewerbefreiheit ein, wobei aber das starre Festhalten an einer absoluten Wirtschaftsfreiheit, also am Manchesterliberalismus, stark abgeklungen ist. Aber immer noch wird, in der einen Partei nachhaltiger, in der anderen Partei kaum noch wahrnehmbar, eine auf vorindustriellen Prämissen beruhende Wirtschaftsdoktrin vertreten. Diese Paläo- oder Steinzeitliberalen agieren in wirtschafts-, fiskal- und sozialpolitischen Objektbereichen nicht gemäss Massstäben einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, was dem Liberalismus als Gesamtströmung nicht selten das Etikett konservativ, rückschrittlich oder rechts einträgt, bilden doch gerade diese Objektbereiche die aktuellen Einstufungskriterien eines politischen Systems. Dieser Flügel im liberalen Spektrum fasst die Wirtschaft als einen autonomen Sektor in der gesamtgesellschaftlichen Struktur auf. Die Tatsache, dass zahlreiche ökonomische Subsektoren, etwa die Landwirtschaft, die militärische Industrie, das Transportwesen oder andere Dienstleistungen nur noch in geringem Masse marktwirtschaftlichen Grundsätzen gehorchen, lässt diese Altliberalen unberührt. Nicht selten fordern sie jedoch als erste staatliche Interventionen bei strukturellen oder konjunkturellen Schwächen der von ihnen vertretenen Wirtschaftszweige. Dieses widersprüchliche Verhalten wird indessen von den Bürgern über kurz oder lang negativ sanktioniert, so etwa in Italien, wo der Partito Liberale (PLI) nacheinander eine Couponsteuer, eine Agrarreform, ein arbeitsrechtliches Reformpaket u. a. ablehnte<sup>16</sup> und bei den Wahlen 1976 noch 1,3% aller Stimmen erhielt. Die gleichen rechtsliberalen Kreise lehnen auch die Idee einer industriellen Demokratisierung ab; die Stellungnahme der F.D.P. zu dieser Frage wurde einmal als «Kapitulation der Liberalen» bezeichnet<sup>17</sup>.

*Entwicklungen und Strukturen*

Organisation ist nicht eine Stärke des Liberalismus. Gerade weil er sich anfangs primär auf den Wertkomplex Individualismus abstützt, fällt den Liberalen eine Einordnung in eine formelle Gruppe schwer. Sie, vor allem die Elite unter ihnen, anerkennen «die Freiheit, Persönlichkeit und geistige Unabhängigkeit, kurzum eine differenzierte Individualität als höchsten Wert<sup>18</sup>», weshalb sie die Parteidisziplin ablehnen, in der Meinung, damit die Probleme unbefangener erörtern zu können. Aus der nachhaltigen Betonung des Individualismus erwächst dann eine Parteitheorie, gepaart mit einer parteifeindlichen Attitüde. Eine zweite Ursache für die Schwierigkeiten zur organisatorischen Erfassung liberaler Bürger liegt im breiten Wertspektrum. Dieses lässt das Entstehen von liberalen Parteien zu, die nur dem Namen nach auf dem Liberalismus beruhen oder durch deren Namen sie nicht unmittelbar als solche erkennbar sind. Es gibt aber auch politische Organisationen mit den Attributen National, Republikanisch, Radikal oder Demokratisch, die durchaus der liberalen Grossfamilie zuzurechnen sind.

So fehlt den Liberalen ein festgefügtes Wertsystem, nach welchem man ihre formellen Träger ohne Umstände klassifizieren könnte. Dieser Pluralismus manifestiert sich auch bei den heutigen liberalen Parteien. Zwar beanspruchen die meisten von ihnen die politische Mitte, aber in Wirklichkeit befinden sich alle entweder links oder rechts davon. Bei einer Umfrage, die 28 liberale Parteien erfasste, gingen nur 11 Antworten ein. Von diesen stufen sich 8 selber als Partei der Mitte ein und nur drei als Partei Mitte-links, nämlich die französische Parti Radical-Socialiste (PRS), die dänische Radikale Venstre und die portugiesische Partido Popular Democrático (PPD). Eine zweite Frage verlangte eine Antwort auf die Einstufung der betreffenden Partei durch die öffentliche Meinung. Hier setzten sich 5 Parteien in die Mitte; 4 stufen sich in der Mitte-rechts und nur zwei in der Mitte-links ein (die PRS und die PPD).

Eine englische Studie, die sich nur mit den EG-Ländern befasst<sup>19</sup>, spricht der britischen Liberal Party Organisation (LPO), der dänischen Radikale Venstre, dem französischen Mouvement des Radicaux de la Gauche (MRG) und den italienischen Republikanern eine Linkstendenz zu. Als Parteien der Mitte werden die F. D. P., die dänische Venstre, die luxemburgischen Demokraten und die französischen Radikalen bezeichnet. Auf dem rechten Flügel werden schliesslich die italienischen, belgischen und niederländischen Liberalen sowie das Centre Républicain und die Républicains Indépendants Frankreichs angesiedelt. Aufgrund der Umfrageergebnisse und der eben angeführten Abhandlung sowie eigener Beobachtungen haben wir auch eine Klassierung auf dem Links-/Rechts-Spektrum versucht (vgl. Tabelle).



*Die liberalen Parteien Europas*

<i>Staat</i>	<i>Partei</i>	<i>Abkürzung</i>
Belgien	Parti de la Liberté et du Progrès	PLP
Dänemark	Venstre, Danmarks Liberale Parti Det Radikale Venstre	V RV
Deutschland	Freie Demokratische Partei	F.D.P.
Finnland	Liberalinen Kansanpuolue Svenska Folkpartiet	LK SFP
Frankreich	Parti Radical-Socialiste Mouvement des Radicaux de la Gauche Fédération Nationale des Républicains Indépendants	PRS MRG FNRI
Griechenland	Union des demokratischen Zentrums	EDIK
Grossbritannien	Liberal Party Organisation	LPO
Island	Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn) Linksliberale Partei (Samtök frjálslyndra og vinstrimanna)	FF SFV
Italien	Partito Liberale Italiano Partito Repubblicano Italiano Partito Radicale	PLI PRI PR
Luxemburg	Parti Démocratique	PD
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ
Niederlande	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie Politische Partei der Radikalen Demokraten 66	VVD PPR D 66
Norwegen	Venstre Det Nye Folkpartiet	V DNF
Portugal	Partido Popular Democrático	PPD
Schweden	Folkpartiet	FP
Schweiz	Freisinnig-Demokratische Partei Liberal-Demokratische Union Schweiz	FDP LIDUS
Spanien	Partido Demócrata Popular Esquerra Democratica de Catalunya	PDP EDC

*Legende:*

+	Mitglied	L	Links	ML	Mitte Links
-	Nicht Mitglied	R	Rechts	MR	Mitte Rechts
B	Beobachter	M	Mitte		

Bei den französischen PRS und MRG können keine genauen Zahlen über die Wähler angegeben werden, da sie in Koalitionen eingeschlossen waren.

<i>Parteimitglieder</i>	<i>Parteiwähler in %</i>	<i>Mandate</i>	<i>Mandate total</i>	<i>Mitglied der LI</i>	<i>Mitglied FLDPEG</i>	<i>**</i>	<i>***</i>
ca. 100 000 (1976)	15,20	30	212	+	+	M	MR
	23,33	42	179	+	+	M	MR
22 400 (1976)	7,10	13	179	+	+	ML	M
74 032 (1976)	8,4	42	496	+	+	ML	ML
10 000 (1965)	4,4	9	200	+	-	ML	M
50 000 (1965)	4,8	10	200	-	-	ML	M
105 000 (1956)	13,06	32	489	-	+	ML	ML
22 000 (1974)	25,06	11	489	-	B	L	L
	7,8	54	489	-	B	R	R
	20,4	61	300	-	-	ML	ML
ca. 160 000 (1975)	18,3	13	635	+	+	ML	M
	24,9	17	60	-	-	?	M
	4,6	2	60	-	-	?	L
138 645 (1976)	1,3	5	263	+	+	MR	R
	3,1	14	263	-	+	ML	ML
3 000 (1974)	1,1	4	263	-	-	L	L
	22,1	14	59	+	+	M	M
33 432 (1976)	5,4	10	183	-	-	R	MR
ca. 86 000 (1975)	14,4	22	150	+	+	MR	MR
	4,8	7	150	-	-	L	L
	4,2	6	150	-	-	L	L
ca. 8 000 (1975)	3,5	2	155	+	-	M	M
ca. 8 000 (1975)	3,4	1	155	+	-	ML	ML
ca. 100 000 (1976)	26,4	73	263	-	-	L	ML
98 000 (1975)	9,4	34	350	+	-	ML	M
120 951 (1976)	22,2	47	200	+	-	MR	M
16 500 (1971)	2,4	6	200	+	-	R	R
	-	-	-	B	-	ML	ML
	-	-	-	B	-	ML	ML

*Quellen:*

Archiv der Gegenwart; Chronique des élections parlementaires; NZZ und eigene Recherchen.

\*\* Einstufung internat. Liberalismus.

\*\*\* Einstufung im eigenen Staat.



So heterogen das Wertsystem, so heterogen auch die *soziale Struktur der liberalen Parteimitglieder oder Wähler*. In der eben erwähnten Umfrage ergab sich ein schichtspezifisches Schwergewicht auf der Mittel- und oberen Mittelschicht bei den Parteimitgliedern. Untervertreten scheinen die untere Mittel- und die Unterschicht sowie die Oberschicht. Bis auf den letzten Sachverhalt entsprechen somit die liberalen Parteien den sozialstrukturellen Erwartungen. Freilich verfügen weniger die Angehörigen der mittleren Klassen über die Machtpositionen, als vielmehr Angehörige der höheren Schichten, die zu einem grossen Teil vertikale Mobilität erfahren haben. Fast überall fehlen die manuellen Arbeiter und somit auch der gewerkschaftliche Sukkurs. Dagegen ist die Angestellten- und Beamtschaft stark vertreten in Grossbritannien, Schweden, Deutschland und Belgien. Auch alle freien Berufe, Juristen oder Ärzte, treten häufig liberalen Organisationen bei. In einigen Parteien dominieren die Unternehmer, so in der PLI oder in der VVD. Nennenswerte Anhängerschaft unter den Landwirten zählen die Radikale Venstre, die französischen und schweizerischen Parteien. Die Vielfalt in der sozioökonomischen Zusammensetzung der liberalen Anhängerschaft erschwert eine schlagkräftige Organisierung mit einigermaßen überzeugenden und homogenen Entscheidungsmechanismen.

Ein weiteres Ursachenknäuel, das die strukturellen Schwächen des Liberalismus mitverursacht, ist die *mangelnde Internationalität* und das Fehlen einer Autorität und Ansehen ausstrahlenden Zentrums. Daraus ergibt sich als eine Folge das fehlende Interesse für internationale Solidarität und für internationale Vergleiche, wobei dieses Verhalten seinerseits auch eine Folge der Integration in den Nationen darstellt, welche die liberalen Parteien zu meist massgebend ausgebaut und geprägt haben. Ihr Engagement zählt deshalb mehr im nationalen als im internationalen Kontext, so dass bei allen strukturellen Daten wie Namen, Parteiapparate, Mitglieder- und Kaderaufbau usw. ein vielgestaltiges und eine systematische Analyse erschwerendes Bild entsteht.

Aus den angeführten Gründen hat es lange gedauert, bis sich konsistente *liberale Parteien* bildeten. Selbstverständlich wird die Verzögerung auch durch den Stand der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung erheblich beeinflusst. Erst der beschleunigte Wandel durch die zunehmende Industrialisierung sowie das gleichzeitige Anwachsen der Probleme und ihrer Komplexität gegen Ende des 19. Jahrhunderts motivieren die Gründung von Parteien, die bis in die Gegenwart Bestand haben.

Liberalen Parteien entstehen grundsätzlich aus dem Bedürfnis heraus, innovative Zielsetzungen oder realisierte Innovationen gegen konservativen Widerstand in die Praxis umzusetzen. Dies betrifft insbesondere den nationalstaatlichen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Aufbau, bei dem

die Liberalen mit den Föderalisten, Partikularisten und den Anhängern der traditionell-feudalen Ordnung des Ancien régime in Konflikt geraten. Freilich bedarf es solange keiner konsistenten Organisation, als ein ausgeklügelter Zensus das *Wahlrecht* auf die Besitz- und Bildungsstände beschränkt, so dass die politische Szenerie auch in grösseren Staaten übersichtlich bleibt. Aber es sind just Liberale, die aufgrund ihres auf die Mündigkeit des Individuums ausgerichteten Wertsystems die Überwindung des zensitären Wahlrechts im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie fordern. Allerdings spaltet sich die liberale Bewegung dabei auf. Während die Rechtsliberalen von einem Abbau ihrer Privilegien nichts wissen wollen, kämpfen die Linksliberalen zusammen mit den unteren Schichten für die Durchsetzung des staatsbürgerlichen Status<sup>20</sup>.

Parallel dazu sind sowohl die konservativen als auch die progressiven Liberalen in einen *kulturpolitischen Konflikt* mit der Kirche, vor allem mit der katholischen, verwickelt. Dabei geht es um das christliche Monopol in Bildung und Erziehung, das die Menschen ihres Erachtens zur Abhängigkeit und Apathie, statt zur Vernunft und Mündigkeit erzieht. In der Zeit der Artikulation dieser Konflikte nehmen die liberalen Parteien konkret ihren Ursprung: 1846 die belgische Association libérale, 1860 die Società Nazionale Italiana, 1861 die deutsche Fortschrittspartei und die Nationalliberale Partei, 1870 die dänische Venstre (= Linke), 1877 die National Liberal Federation, 1882 die norwegische Venstre oder 1885 die niederländische Liberale Union.

Diese Parteien sind die fortschrittlichen Organisationen ihrer politischen Systeme, wo sie meistens bis weit nach links reichen und sich auch als Linke perzipieren, was teilweise aus den Namen hervorgeht. Zusammenfassend haben sie sich in ihren Programmen die Festigung des nationalen Systems mittels Verfassungen und des Ausbaus der Demokratie, den Laizismus, also den staatlichen Bildungsanspruch, und die freie Marktwirtschaft zum Ziele gesetzt.

Diese Parteien sind aber noch schwach strukturierte Gebilde, die sich teilweise als äusserst inkonsistent erweisen, d. h. sie haben weder eine zeitliche noch eine organisatorische Stetigkeit. Es gehören ihnen vor allem Unternehmer und Intellektuelle an, also Bürger mit Besitz und Bildung. Diese bilden die Honoratiorenklubs, deren politische Parteilegitimation kaum einer Massengefolgschaft bedarf. Erst die Abspaltung, die Gründung und das rasche Anwachsen sozialdemokratischer und sozialistischer Organisationen veranlassen das liberale Bürgertum zu formellen kontinuierlichen Zusammenschlüssen.

Stets bleibt indessen die *Organisation* bei den liberalen Parteien zweitrangig. Zwar lässt sich in den letzten Jahren eine zunehmende Verfestigung

und Institutionalisierung der Parteistrukturen feststellen, aber diese sind zu meist einfach, wenn auch keineswegs frei von oligarchischen Tendenzen. Es würde hier zu weit führen, die einzelnen Parteiorganisationen im Detail aufzuführen. Sie gleichen sich alle mehr oder weniger. Als Exekutivorgane werden von einem Parteitag mit Delegierten aus allen Teilen des Landes die Parteileitungsinstanzen, also Präsident, Sekretär, Büro, Zentralkomitee usw., gewählt. Meistens stehen Parlamentarier und Minister an der Spitze oder doch zumindest im Vordergrund. Durch diese Rollenkumulation und ein daraus entstehendes Quasicharisma kontrollieren und manipulieren sie die Anhängerschaft. Tendenziell ist das Prestige des parlamentarischen oder ministeriellen Status bedeutend grösser als das Prestige durch den Status, welchen die Partei verleiht. So befinden sich die liberalen Parteien Europas im Verhältnis zu ihren Parlamentariern, um mit Duverger zu sprechen, wie seit den Anfängen immer noch in der Phase der Vorherrschaft der Parlamentarier<sup>21</sup>. Selten finden zwischen ihnen und den Parteifunktionären Rivalitäten statt, und die Gefahr einer beherrschenden Parteibürokratie wird allenfalls aus altliberalen Kreisen heraufbeschworen, besteht aber nirgends.

Immerhin ist die Oligarchisierung weniger weit fortgeschritten als etwa in den sozialdemokratischen Parteien. Die demokratischen Entscheidungsprozesse spielen weitgehend, wenn bei Wahlen auch häufig Kooptationsmechanismen zu beobachten sind. Die liberalen Parteien zeichnen sich im weiteren durch eine starke Dezentralisierung aus, da sie in erster Linie als Dachorganisationen funktionieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es für die meisten von ihnen unmöglich, genaue Mitgliederzahlen bekanntzugeben. Bei der schon erwähnten Umfrage antworteten darauf lediglich zehn Parteien; die anderen sind vermutlich gar nicht in der Lage, derartige strukturelle oder auch historische Daten bekanntzugeben.

### *Die Liberale Internationale*

Die Schwächen organisatorischer Natur, die den Liberalismus auf nationalem Niveau charakterisieren, sind in vermehrtem Masse auch global gesehen vorhanden. Seit dem 11. April 1947 existiert aber eine Liberale Internationale, die sich mit zweitem Namen Liberale Weltunion nennt, als Zusammenschluss der liberalen Parteien, Gruppen und Individuen. Sie möchte wie die sozialistische oder kommunistische Internationale eine Koordinations- und Informationsfunktion wahrnehmen sowie eine Intensivierung der Kontakte und eine Annäherung der Standpunkte herbeiführen. Allerdings verfügt sie im Gegensatz zu den beiden zitierten Vereinigungen kaum über dieselbe Macht, was auf den Individualismus und die unterschiedliche Auslegung des Wertsystems zurückzuführen ist. Das breite Spektrum von links bis rechts im

europäischen und im Weltliberalismus kann eben nur schwerlich auf einen Nenner gebracht werden.

Die Anfänge eines organisierten Liberalismus auf internationaler Ebene finden sich in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts. Es wurde zwar schon früher von einem liberalen Weltkartell gesprochen, aber erst 1924 wurde die *Entente internationale des Partis radicaux et des Partis démocratiques similaires* gegründet. In der Folgezeit trafen sich jährlich die liberalen Vertreter aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Grossbritannien, Griechenland, den Niederlanden, Polen, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und der Türkei. Die aufkommenden Schwierigkeiten infolge der Weltwirtschaftskrise und der faschistischen Tyrannei brachten die Kontakte seit 1935 zum Erliegen.

Aber noch auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs bahnten sich wieder die ersten Verbindungen an. Anlässlich der Hundert-Jahr-Feier der Liberalen Partei Belgiens wurde Mitte 1946 der Beschluss gefasst, wieder eine liberale Weltorganisation auf die Füße zu stellen, die im folgenden Jahr gegründet wurde. Die Liberale Internationale ist ein Dachverband. Alle Gruppen, welche ihre Grundsätze – die Deklaration von Oxford 1947 – gutheissen, können Mitglieder werden. Dabei erachtet es die Liberale Internationale als wünschenswert, dass sich ihr *alle* liberalen Parteien der Welt anschliessen. Das ist aber bis heute noch nicht der Fall. So sind verschiedene europäische Parteien, die sich auf den Liberalismus berufen, nicht Mitglieder, nämlich jene Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs. Dafür sind in diesen Ländern liberale Gruppen aktiv, welche die Gesinnungsfreunde verschiedener Parteien vereinigen und den Kontakt zur Liberalen Internationalen aufrechterhalten. Im Falle Frankreichs konnten sich keine der mehr oder weniger liberalen Parteien – von links nach rechts: MRG, PRS, Centre Républicain, Républicains indépendants – zu einem Beitritt entschliessen. Im 1971 gegründeten Klub «Liberté et Démocratique» sind jedoch diese und andere Parteien vertreten. Die FPÖ ihrerseits hat schon Aufnahmege-suche eingereicht. Da sie jedoch als zu rechtsnational taxiert wird, wurden solche, und auch das Begehren um die Durchführung des Kongresses 1975 in Wien, abgelehnt. Ähnlich verhielt es sich mit der F.D.P.; sie wurde erst 1975 als Partei aufgenommen; vorher war sie durch die «Deutsche Gruppe der Liberalen Weltunion» vertreten.

Die liberalen Parteien der anderen Demokratien sind aber als solche im liberalen Weltverband vertreten (vgl. Tabelle). Darüber hinaus gehören ihr aber auch liberale Organisationen aus Asien und Amerika an. Im weiteren haben die früheren liberalen Parteien Osteuropas ihren festen Platz in der Liberalen Weltunion. Sie sind im Committee of Liberal Exiles (C.L.E.) vereinigt, das ein eigenes Sekretariat in London besitzt.



Der alljährlich stattfindende Kongress ist das Legislativorgan der Liberalen Internationalen. Er beschliesst über die politische Linie und über den organisatorischen Aufbau der Union. In der Praxis ist jedoch die Ausstrahlung der Liberalen Internationalen gering. Bestenfalls rufen die Kongresse ein gewisses Echo im Veranstalterland hervor. Aber in einem Vergleich mit der Sozialistischen oder mit der Kommunistischen Internationalen schneidet sie schlecht ab. Ballen sich in diesen sowohl viel Macht als auch mancherlei Bedrohungen zusammen, so bei den Liberalen höchstens einiges intellektuelles Prestige. An diesem Sachverhalt zeigt sich auch der relativ schwache Internationalismus des Liberalismus. Diesbezüglich am kontaktfreudigsten zeigen sich etwa die F.D.P. oder die PLI; die meisten anderen Parteien sind noch sehr stark im nationalen Rahmen verhaftet.

#### *Zusammenschluss der liberalen Parteien der EG*

Die organisatorische Kraftlosigkeit ist indessen für viele europäische Liberale nicht ein unabwendbares Faktum. Namentlich die deutschen, in etwas geringerem Masse auch die britischen und italienischen Liberalen drängen seit geraumer Zeit auf eine strukturierte Straffung. Es entwickelt sich die Idee eines Zusammenschlusses der liberalen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Ihre Repräsentanten arbeiteten bereits im Europäischen Parlament zusammen, wo sie sich seit dem 23. Juni 1953 zu einer Fraktionsgemeinschaft mit Nahestehenden zusammengefunden hatten<sup>22</sup>. In ihren ersten Jahren charakterisierte sich die Fraktion als Sammelbecken aller möglichen politischen Schattierungen und einem Übergewicht französischer Abgeordneter. Von diesen gehörten der Gruppe bis 1963 beispielsweise die Gaullisten an. Bei den italienischen Fraktionsmitgliedern reichte die Spannweite gar bis zur äussersten Rechten; erst 1973 wurden der Monarchist Alfredo Covelli und der Neofaschist Nicola Romeo ausgeschlossen!

Anlässlich des Kongresses der Liberalen Internationalen in Paris im Herbst 1972 taucht erstmals die Forderung nach einer Föderation der liberalen Parteien der EG auf. Nach verschiedenen Vorarbeiten ist es dann am 26./27. März 1976, also innert erstaunlicher Kürze, soweit, dass in Stuttgart zur Gründung der Föderation Liberaler und Demokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft (FLDPEG) geschritten werden kann. Mit diesem Akt vollziehen die Liberalen als erste politisch relevante Kraft Europas eine verbindliche Organisation ihrer nationalen Parteien, wobei die auf den Monat Mai 1978 in Aussicht gestellten europäischen Wahlen als Motor gewirkt haben mögen, die Initiative und Tatkraft internationaler Zusammenarbeit für liberale Massstäbe dennoch eindrucksvoll und überraschend anmuten.

Die FLDPEG verfügt bereits über ein *Programm*, das zwar nicht sehr ausführlich ist, aber dennoch die Schwergewichte des zukünftigen europäischen Liberalismus in gedrängter Form zutreffend wiedergibt<sup>23</sup>. An erster Stelle steht die Forderung nach Menschenrechten und Grundfreiheiten, auf die sich jeder Bürger berufen und die er gerichtlich durchsetzen kann. In einem zweiten Abschnitt bezieht sich die «Stuttgarter Erklärung» auf die konstitutionelle Basis der Europäischen Union. Hervorzuheben ist das Postulat der Wahl des Europäischen Parlaments nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, was die Aussichten der Liberalen gewaltig verbessern würde. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ständige Beschäftigungsausschuss sind, so der letzte Punkt dieses Abschnittes, «zur Gewährleistung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensführung, an der Kontrolle und an den Gewinnen der Unternehmen auf Ebene der Gemeinschaft in grösstmöglichem Umfang heranzuziehen».

In einem dritten Punkt werden wirtschaftliche Themen angesprochen. Es wird die Gründung einer gemeinsamen Zentralbank, der freie Wettbewerb in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ohne Missbrauch durch Monopole und Kartelle, die Umverteilung des wirtschaftlichen Ertrags durch die Heranziehung des Sozialfonds zum Abbau sozialer Unterschiede zwischen Einzelpersonen sowie des regionalen Entwicklungsfonds zum Abbau von Unterschieden zwischen den Regionen u. a. gefordert. Im weiteren wird auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aussenpolitik hingewiesen, wobei namentlich die USA als Partner erwähnt werden. Auch mit den nicht der EG angehörenden Ländern Westeuropas sollen möglichst enge Bindungen entwickelt werden. Am Schluss weist die Erklärung darauf hin, dass sowohl die EG als auch die Föderation zur Zusammenarbeit mit allen politischen Gruppen bereit sei, «die selbst die Grundwerte der liberalen Demokratie ohne Vorbehalt anerkennen und zu verteidigen bereit sind».

In organisatorischer Hinsicht hat die Föderation den Aufbau von der Liberalen Internationalen übernommen, freilich bei strafferer Gliederung und besserer Transparenz. Sie hat in ihrer Satzung zwei Organe geschaffen: den Kongress und das Exekutivkomitee. Der Kongress, die Legislative, setzt sich aus 188 Delegierten zusammen, die von den nationalen Parteien gewählt werden. Hinzu kommen noch die Mitglieder der Fraktion des Europäischen Parlaments und die liberalen Mitglieder der Kommission der EG. Das Exekutivkomitee besteht aus zwölf Mitgliedern; ihr erster Vorsitzender und damit Präsident der FLDPEG ist Gaston Thorn, Premierminister seiner Heimat Luxemburg, Präsident der UNO und der Liberalen Internationalen.

Allerdings sind noch nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Einerseits ist das Verhältnis zur Liberalen Internationalen de facto noch nicht restlos geklärt. Wenn die der FLDPEG angeschlossenen Parteien schon einen



Teil ihrer nationalen Autonomie aufgeben müssen und auch finanziell härter belastet werden, so ist es nicht von der Hand zu weisen, dass sich ihr Engagement vermehrt der neugegründeten Vereinigung und weniger der Internationalen zuwendet. Darum forderten verschiedene nicht einer EG-Partei angehörende Delegierte bei den Beratungen am Florentiner Kongress zumindest einen Beobachterstatus. Die liberalen Parteien der EG liessen sich indessen nicht beirren: Sobald ein neues Land in die EG aufgenommen werde – und dies hoffe man –, könne die betreffende liberale Partei auch Mitglied der FLDPEG werden. Damit ist die Gefahr keineswegs aus dem Weg geräumt, wonach die liberalen EG-Parteien innerhalb der LI, der künftig vor allem als Vertreterin des Weltliberalismus Bedeutung zukommen wird, ein starkes Übergewicht bekommen könnten.

Andererseits ist die Zugehörigkeit einiger Parteien der FLDPEG noch nicht ganz geklärt. Vor allem bei den französischen Liberalen bestehen noch Probleme. Vorbehaltlos Mitglied sind die traditionsreichen Radikalsozialisten (PRS) des Mouvement Réformateur. Dagegen ist die Stellung der Unabhängigen Republikaner – deren Chef Giscard d'Estaing ist – und des MRG – deren Chef Robert Fabre ist – noch nicht definitiv entschieden. Jene sind in erster Linie den Briten, aber auch einem Teil der Dänen oder der Deutschen zu konservativ<sup>24</sup>; das MRG, deren europäische Parlamentarier der sozialistischen Fraktion angeschlossen sind, steht anderen zu links – vor allem würde es selber nie der Föderation im Falle einer Aufnahme der Giscardisten beitreten. Vorläufig haben beide Parteien den Beobachterstatus erhalten. So ist zu erwarten, dass an der konstituierenden Versammlung im Herbst 1976 im Haag liberale Mitglieder aus acht Staaten der EG bzw. zehn Parteien anwesend sein werden. Nur aus Irland wird niemand teilnehmen, da dort noch keine liberale Partei existiert.

### *Positionen und Tendenzen*

Dem Liberalismus ist schon oft das Ende vorausgesagt worden<sup>25</sup>. Und in der Tat: Schaut man sich die Stimmenanteile liberaler Parteien an, so kommt man zum Ergebnis, dass diese nach Höhepunkten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sukzessive auf teilweise wenige Prozente zusammengeschrumpft sind. Aber auch als Wertsystem, das gesamtgesellschaftliche Orientierungsmuster, vor allem in Politik, Wirtschaft und Kultur liefert, hat der europäische Liberalismus weitgehend ausgespielt. Seine Zielvorstellungen büssen entweder an Zugkraft und Aktualität ein oder sie werden von christlich-konservativen oder sozial-demokratischen Akteuren übernommen und vertreten.

Freilich müssen diese Hypothesen sogleich abgeschwächt werden. Regelmässig kommt es zu erstaunlichen Aufschwüngen, so etwa, um einige liberale Landesparteien zu nennen, von 1948 bis 1956 in Schweden, seit 1971 in den Niederlanden, seit 1974 in Grossbritannien oder seit 1975 in Dänemark die Venstre (vgl. Tabelle). Oder es manifestiert sich eine Renaissance liberaler Werte, global oder national, so nach dem Zweiten Weltkrieg in Form des ordnungspolitischen Neoliberalismus eines Röpke, eines Rüstow oder eines von Hayek. Der Liberalismus als eigenständige Kraft kann ohne Zweifel noch lange existieren. Jedoch ist für die nächsten Jahrzehnte kaum anzunehmen, dass sein Machtanteil gesteigert werden kann. Tendenziell werden die liberalen Parteien weiterhin Stimmen und Mandate sowie ihre Wertvorstellungen an andere Gruppen verlieren, denn Repression und Antiliberalismus scheinen im internationalen Rahmen eher im Zu- als im Abnehmen begriffen.

Trotz des nach einer langen Hochkonjunktur erreichten Wohlstandes steht es also mit den liberalen Parteien Europas nicht überall zum besten. In den drei westeuropäischen Grossmächten ist der Liberalismus in Frankreich zersplittert, in Grossbritannien des Wahlsystems wegen unwirksam und in der Bundesrepublik zwar der Regierungsbeteiligung wegen sehr mächtig und in der Liberalen Internationalen und in der FLDPEG immer mehr tonangebend, aber dennoch permanent verunsichert über das jeweilige Erreichen der Sperrklauseln. In Skandinavien verliert er an Terrain, weil er zwischen einer mächtigen Sozialdemokratie und einem zur Macht drängenden Konservatismus aufgerieben wird. Um diesem Schicksal zu entgehen, profilieren sich andere liberale Landesorganisationen an einem seinerseits oft unliberalen Antisozialismus, etwa in den Niederlanden, in Belgien oder in Italien. Dieses Verhalten ruft die eher linksstehende Parteijugend auf die politische Bühne, was Spaltungen und Neugründungen verursacht: In Italien beispielsweise die *Presenza Liberale*, die *Rinascita Liberale*, das *Movimento Liberale Democratico* oder die *Partito Radicale*, in Belgien die *Parti Radicale et Démocratique* oder die *Jeunesse Libérale*, in Holland die *Demokraten 66* oder die *Progressiven Radikalen (PPR)*. Zuweilen splintern dann die linksliberalen Gruppen und Grüppchen ganz ab und finden Aufnahme und eine neue Heimat im sozialistischen Lager. So hat die *Partito Radicale* – bei den Wahlen 1976 erhielt sie 1,1 Prozent – in Italien alles links liegen gelassen, inklusive Sozialistische und Kommunistische Partei. Der Liberale Studentenbund Deutschland ist nach 1968 von der anarchistischen Linken völlig aufgesogen worden.

Und wie steht es mit dem Liberalismus in den «neuen» Demokratien, in jenen politischen Systemen, die nach einer mehr oder weniger langen Zeit diktatorisch-totalitärer Herrschaft, wenn auch langsam und mühsam, den Weg zur Demokratie wiederfinden? In *Portugal* tauchten in den ersten Wochen nach dem Umbruch vom 24. April 1974 als liberal gekennzeichnete Per-

sönlichkeiten auf, so etwa Francisco Sa Carneiro, kurze Zeit darauf das wichtigste Gründungsmitglied der Partido Popular Democrático (PPD). In unseren Massenmedien wird diese Partei – auch bei den Wahlen 1976 – als sozial-liberal oder linksliberal eingestuft, was sie vom Programm und von der Mitgliederstruktur her zweifelsohne auch ist. Die PPD wird indessen nicht müde bei ihrem Einstehen für die Sozialdemokratie, für den Sozialismus und für Kontakte mit den sozialistischen Parteien Europas, obgleich ihr Gesuch um Aufnahme in die Sozialistische Internationale im Sommer 1974 abschlägig beantwortet worden ist. Das Liebeswerben der Liberalen Internationalen wird jedoch abgewiesen; Liberalismus bedeute in Portugal Kapitalismus, Ausbeutung und Ungerechtigkeit.

Eine analoge Situation besteht in *Griechenland*. Als liberale Partei mit unverkennbaren Linkstendenzen wurde vor 1967 die Zentrumsunion (Enosis Kentrou) angeschaut, deren Vertreter sich auch in der Liberalen Internationalen aktiv beteiligten. Nach dem Abgang der Diktatoren hätte es der Zentrumsunion eigentlich leichtfallen sollen, als liberale Partei aufzutreten, zumal Andreas Papandreou, dessen Vater ein führender Liberaler gewesen war, links absplitterte. Aber vermutlich befand sich auch hier der Liberalismus auf der Verliererbahn, denn die Zentrumsunion suchte um Zulassung bei der Sozialistischen Internationalen nach; diese wurde anscheinend aber abgelehnt. Seit der Umbenennung der Partei in Union des demokratischen Zentrums (EDIK) scheint der liberale Flügel allerdings wieder Auftrieb erhalten zu haben, wenn sich auch weiterhin die Parteileitung offiziell zum demokratischen Sozialismus bekennt<sup>26</sup>.

Noch unklar ist die Situation und die Zukunft des Liberalismus in *Spanien*. Zwar werden seit dem Tode Francos zahlreiche Persönlichkeiten als Liberale bezeichnet, der bekannteste ist José Maria de Areilza, und die Wörter Liberalisierung und «liberaler Flügel» innerhalb der Nationalen Bewegung häufig verwendet. Aber dieser Gebrauch (oder Missbrauch) von Begriffen könnte die unerwünschte Folge zeitigen, dass sie vom Zeitpunkt echt demokratischer Verhältnisse an diskreditiert sind. Spanien weist eine lange liberale Tradition auf. Seit 1812 kämpften Liberale für die Durchsetzung ihrer Ideen; nur selten und für wenige Jahre oder gar Monate konnten sie sich in der Praxis bestätigen, das letzte Mal unter Manuel Azaña im Jahre 1936. Durch den von national-konservativer Seite angezettelten Bürgerkrieg und ihrer anschließenden Diktatur, die nicht selten von manchen Rechtsliberalen in Europa unterstützt wurde, haben gerade die liberalen Kräfte am meisten gelitten: vor allem die linksliberalen Republikaner, die bei den Volksfrontwahlen vom 18. Februar 1936 30,5 Prozent aller Mandate erobert hatten, sind unter der Ära Franco weitgehend vernichtet worden; sie haben es heute am schwersten. Als vorläufige Kristallisationspunkte der Liberalen

wären zu nennen: die Partido Demócrata Popular und die Esquerra Democrática de Catalunya, die der Coordinación Democrática bzw. dem Consell de Forces Politiques de Catalunya angeschlossen sind und von daher eher als links bewertet werden können. Beide haben von der Liberalen Internationalen den Beobachterstatus zugesprochen erhalten; noch stecken sie indes organisatorisch in den Anfängen. Kontakte, ja Sektionen durchziehen aber bereits das ganze Land, und zahlreiche Publikationen versuchen das liberale Gedankengut weiterzutragen. Können die spanischen Liberalen an 1936 anknüpfen? Viel Optimismus hierzu ist vorhanden<sup>27</sup>.

Die *Zukunftsansichten* sehen nach diesen Tatsachen und Analysen für den Liberalismus in Europa, und darüber hinaus in der Welt überhaupt, eher düster aus. Er wird mutmasslich noch weitere Positionen einbüßen, vielleicht solange, als materielle Bedürfnisse noch unerfüllt bleiben, beziehungsweise solange zu viel Ungerechtigkeit und zu wenig Gleichheit besteht, auch wenn seine Träger sich im fortschrittlichen Sinne für die Behebung dieser globalen Missstände kümmern. Wenn jedoch – und nun begeben wir uns ins Reich der Spekulation – ein Zeitalter anbrechen sollte, in dem alle Menschen in ausgleichender Gerechtigkeit und in gesichertem Wohlstand existieren könnten, dann müsste der Liberalismus als Prinzip der Freiheit und der Mündigkeit wieder eine grosse Chance speziell in bildungs- und kulturpolitischen Belangen bekommen. Die eine Frage ist nur, ob der Liberalismus und seine Parteien das wollen oder brauchen. Guido de Ruggiero glaubte nicht daran<sup>28</sup>:

«Wie umfassend auch die Zusammensetzung einer liberalen Partei sein mag, so kann doch ihre Kraft nie in der Zahl ihrer Anhänger bestehen: auf diesem Gebiet muss sie der Demokratie und dem Sozialismus unvermeidlich das Feld überlassen. Ihre Kraft kann und muss sich auf die Qualität ihrer Mannschaft stützen. Der Anspruch jener, die aus dem Liberalismus als Partei den Generalstab des politischen Heeres machen möchten, ist zweifellos übertrieben; viel einleuchtender erscheint jene Forderung, dass er eine der sogenannten «wissenschaftlichen Waffen» sein sollte. Es ist nicht jedem gemeinen Mann aus der politischen Miliz möglich, den Wert der Freiheit, der menschlichen Persönlichkeit, der geistigen Selbstbestimmung zu verstehen, dazu braucht es eine höher entwickelte Erfahrung, eine differenziertere Individualität.»

Die andere Frage ist die: Wird die Menschheit die liberalen Theorien je verwirklichen können? Einer der berühmtesten Theoretiker des modernen Liberalismus, der viel zu früh verstorbene Karl-Hermann Flach, schrieb am Schluss seiner berühmten Streitschrift<sup>29</sup>:

«Die Liberalen stehen zwischen den Fronten und sehen die Gefahren. Doch ihre Stimme ist schwach. Die Position der Cassandra ist nicht populär. Es bedarf schon einer gewaltigen Anstrengung, der Freiheit in der Zukunft eine Chance offenzulassen.»

Der Kampf um diese Chance wird, ob Aufschwung oder Niedergang, die immerwährende, oberste Zielsetzung des Liberalismus. Je kompromissloser er geführt wird, desto grösser werden *seine* Chancen sein.



<sup>1</sup>Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 317. – <sup>2</sup>Der schweizerische Liberalismus, der nicht nur innerhalb Europas eine vom Ausland leider kaum beachtete, hervorragende Stellung einnimmt, wird hier weitgehend ausgeklammert, da ich auf ihn bereits in anderen Arbeiten ausführlich eingegangen bin; vgl. u. a. «Schweizerischer Liberalismus im Wandel?», in: *Liberal* 15/1973, S. 625–655. – <sup>3</sup>Vgl. Richard Moore/Christine Morgan: *The Liberals in Europe*, *Unservile State Papers*, Nr. 20, London s. a. (1974), S. 5 ff. – <sup>4</sup>Nach Herbert Lüthy: «Bericht zum 1. Universitätstag der Schweizer Historiker», in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 24/1974, S. 793. Lüthys Hypothese scheint mir für schweizerische Verhältnisse falsifizierbar, denn gerade hier war der Liberalismus wie nirgendwo im Volk verwurzelt; dagegen hat sie viel Wahrheitsgehalt für das übrige Europa. – <sup>5</sup>Ralf Dahrendorf: «Links in der Bundesrepublik?», in: *Was ist heute links?*, hrsg. von Horst Krüger, München 1963, S. 35–43, hier S. 37. – <sup>6</sup>Vgl. Seymour Martin Lipset: *Political Man*, London 1966, S. 140–149. – <sup>7</sup>Gregorio Marañón: «Liberalismo y comunismo», zitiert bei Bernhard Schmidt: *Spanien im Urteil spanischer Autoren*, Berlin 1975, S. 317. – <sup>8</sup>Vgl. Erich Mende: *Die F.D.P. – Daten – Fakten – Hintergründe*, Stuttgart 1972, S. 80 ff. – <sup>9</sup>Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Nr. 488 vom 11. 11. 1974. – <sup>10</sup>Vgl. Vincenzo Ferrari: «Die Liberale Partei Italiens», in: *Liberal* 16/1974, S. 275–285, sowie Stanislao Zazo: «Liberalismus in Italien», in: *Liberal* 16/1974, S. 685–698. – <sup>11</sup>Vgl. Roland Stäuber: *Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)*, Diss. phil. Zürich, St. Gallen 1974, S. 20 ff. – <sup>12</sup>Friedhelm

Frischenschlager: «Die Freiheitliche Partei Österreichs», in: *Liberal* 16/1974, S. 535–546, hier S. 536. – <sup>13</sup>Vgl. Stäuber, a. a. O., S. 37 f. – <sup>14</sup>Ebd., S. 45. – <sup>15</sup>Vgl. *Weltwoche*, Nr. 41 vom 15. 10. 1975. – <sup>16</sup>Vgl. Ferrari, a. a. O., S. 282 f. – <sup>17</sup>Vgl. NZZ, Nr. 91 vom 24. 2. 1974 und Nr. 113 vom 8. 3. 1974. – <sup>18</sup>Kurt Klotzbach: *Das Eliteproblem im politischen Liberalismus*, Köln/Opladen 1966, S. 80 f. – <sup>19</sup>Michael Steed: *Who's a Liberal in Europe?*, Manchester s. a. (1975), S. 24. – <sup>20</sup>Vgl. Markus Mattmüller: «Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts als gesamteuropäischer Vorgang», in: *Geschichte und Politische Wissenschaft. Festschrift für Erich Gruner*, Bern 1975, S. 213–236. – <sup>21</sup>Die politischen Parteien, a. a. O., S. 195 ff. – <sup>22</sup>Vgl. hierzu und zum folgenden: Horst Günther Krenzler et al.: *Die Zusammenarbeit der Liberalen Parteien in Westeuropa*, Sondervorabdruck, Bonn s. a. (1975), S. 21 ff. – <sup>23</sup>Abgedruckt in: *Liberal* 18/1976, S. 387–390. Vgl. auch Jean Durieux: «La Federación de partidos liberales y democráticos de la Comunidad», in: *Comunidad Europea* 12/1976, Nr. 130 (Durieux ist Abgeordneter der Unabhängigen Republikaner und liberaler Fraktionsvorsitzender). – <sup>24</sup>Vgl. *European Radical Bulletin Quarterly* 2/1975, Heft 2, S. 22 f. – <sup>25</sup>Vgl. u. a. etwa Theodore Lowi: *The End of Liberalism*, New York 1969, oder Robert Paul Wolff: *Das Elend des Liberalismus*, Frankfurt a. M. 1969. – <sup>26</sup>NZZ, Nr. 48 vom 27. 2. 1976. – <sup>27</sup>Vgl. auch Wolf-Ruthart Born: «Liberalismus in Spanien», in: *Liberal* 18/1976, S. 578–586. – <sup>28</sup>*Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930, S. 424. – <sup>29</sup>Noch eine Chance für die Liberalen, Frankfurt a. M. 1971, S. 96.